

Thema: Prater Wien

Autor: Julia Herrnböck

Ein Zimmer ohne Fenster um 80 Euro am Tag

Rechtliche Klarheit und Sicherheit für die Frauen sollte das neue Wiener Prostitutionsgesetz bringen, das vor einem Jahr in Kraft trat. Die Situation am Straßenstrich hat sich zum Teil verschärft, Laufhäuser als Alternative sind umstritten.

Julia Herrnböck

Wien – Die Wiese neben dem Parkplatz ist an manchen Stellen weiß gefleckt. Noch ist es kein Schnee, sondern gebrauchtes Klopapier, Taschentücher, Kondome. Die Frauen, die hier in Auhof stehen und darauf warten, dass sie für 30 Euro auf den Rücksitz eines Fremden klettern können, haben keine andere Möglichkeit, ihren Müll zu entsorgen. Geschweige denn auf die Toilette zu gehen oder sich nach dem Freier die Hände zu waschen.

REPORTAGE

In den Seitenstraßen des Wiener Praters zeigt sich nachts ein ähnliches Bild: Alle paar Meter stakst ein junges Mädchen in Hotpants auf dem Gehsteig entlang, beugt sich zu den vorbeifahren Autos hinunter, lächelt verkrampt hinein; immer unter den Argusaugen von Halbstarcken, die sich breitbeinig in der zweiten Reihe postiert haben. Das neue Gesetz habe neue starke Männer in Wien gemacht, heißt es in der Szene.

Druck der Anrainer

Seit sich der Straßenstrich auf die zwei Gebiete konzentriert, brauchen viele der Frauen einen „Beschützer“, die vorher keinen hatten. Der sorgt dafür, dass sich nicht noch mehr billige Konkurrentinnen dazustellen: gegen Geld, versteht sich. Seit einem Jahr ist das neue Wiener Prostitutionsgesetz in Kraft. Sicherheit für die Frauen sollte es bringen und Ruhe für die Anrainer.

Auf weitere Erlaubniszonen, die von der Stadt in Aussicht gestellt wurden, warten die Frauen bis heute. Im Sommer verschärfte die Polizei auf Druck der Anrainer und Bezirkspolitiker die Einschränkung, seither darf im Prater nur nachts angeschafft werden.

Für das Geschäft gehen sie meistens ins Parkhaus, in der Nähe gibt es nur ein einziges erlaubtes Stundenhotel im Stuw-

viertel, wo sie Gefahr laufen, bestraft zu werden, wenn sie das Lokal wieder verlassen. Auch an diesem Abend stehen fünf Polizisten mit einem Bus vor der Tür, sie kontrollieren jedes Mädchen.

„Auf Wunsch der Anrainer“, sagt einer von ihnen.

Die politisch zuständige Frauenstadträtin Sandra Frauenberger (SP), die zusammen mit den Grünen das Gesetz ausverhandelt hat, zieht positive Bilanz: Das Gesetz schaffe rechtliche Klarheit, dem Ziel, Prostitution in den „Indoor“-Bereich zu verlagern, sei man einen großen Schritt näher gekommen.

„Indoor“ bedeutet, sich ein Zimmer in einem Laufhaus anzumieten, 80 Euro am Tag sind durchaus üblich, oft müssen sich die Prostituierten mehrere Wochen einmieten. Mit 1. November brauchen alle Betreiber solcher Lokale eine Genehmigung, nur ein Bruchteil hat bis jetzt die Auflagen erfüllt (siehe Wissen), viele werden schließen müssen.

Peter Laskaris, ein Zögling der Rotlichtgröße Harald Hauke, betreibt das Red Room. Von den 15 Zimmern sind noch einige frei, so wie in den meisten Laufhäusern Wiens. Auf dem Bett mit Leopardendecke kauern Kuschtiere, es gibt eine Dusche, aber kein Fenster. Auf dem Nachtkästchen liegt eine Preisliste: Küssen 20 Euro, VIP-Service mit allem, was das Freierherz begehrt, 200 Euro. Ein junger Besucher huscht über den Flur, blättert verstohlen in den Broschüren, bevor er in einem der Zimmer verschwindet.

Die rechtliche Situation habe sich mit dem neuen Gesetz verbessert, meint Laskaris, vor allem sei die Sittenwidrigkeit gefallen. Auch er hat noch keine Genehmigung, mache sich aber deswegen keine Sorgen, sagt er.

Für Christian Knappik von der Organisation Sexworker.at gehen mit den Laufhäusern große psychische und finanzielle Belastun-

gen für die Frauen einher. „Die meisten schlafen oft dort, die Kosten sind enorm und treiben die Frauen in Kettenschuld.“ Wolfgang Langer, Referatsleiter der Wiener Polizei, sieht hingegen dort mehr Sicherheit für die Frauen als am Straßenstrich. „Die Polizei hat mit dem Gesetz die Möglichkeit bekommen, schlechte Lokale abzumauern oder zusperrern zu lassen.“

Kommentar Seite 44

WISSEN

Thema: Prater Wien

Autor: Julia Herrnböck



Nur 23 Bordelle haben Genehmigung

Bordelle, die bis zum 1. November 2012 nicht um eine Genehmigung angesucht haben, müssen vorerst zusperren. Von den etwa 450 Lokalen in Wien haben rund 250 darum angesucht, bis jetzt erfüllen nur 23 die neuen baulichen Auflagen.

Geändert hat sich vor allem der Bereich Straßenprostitution, die seit November 2011 im Wohngebiet verboten ist. Auf Erlaubniszonen konnten sich die Bezirke nicht einigen. Seit dem Vorjahr dürfen auch Freier gestraft werden, die im illegalen Bereich bei der Anbahnung erwischt werden. 206-mal kam es zur Anzeige, etwa 500 Organstrafen in der Höhe von 100 Euro wurden verhängt.

Dem gegenüber stehen 1784 Anzeigen wegen illegaler Prostitution und 3039 Anzeigen wegen Prostitution im Wohngebiet. Die Strafen dafür bewegen sich zwischen 500 und 1600 Euro im Wiederholungsfall. Aktuell sind in Wien 2806 Prostituierte gemeldet, rund 400 mehr als im Vorjahr.

Im April 2012 hob der Oberste Gerichtshof die Sittenwidrigkeit für Prostitution auf. Seither kann der Lohn eingeklagt werden. (juh)

Thema: Prater Wien

Autor: Julia Herrnböck



Scheibchenweise verkleinert sich der Straßenstrich in Wien. Im Prater darf seit Juni nur noch in der Nacht angeschafft werden, die Polizei kontrolliert scharf.

Foto: Fischer

Thema: Prater Wien

Autor: Julia Herrnböck



PROSTITUTIONSGESETZ

Feige und unwürdig

Julia Herrnböck

Niemand legt sich freiwillig in ein fensterloses Zimmer, um dort mit einem fremden Menschen intim zu werden, und zahlt dafür 80 Euro pro Tag. Es ist eine Illusion vieler Freier und ein Märchen vieler Bordellbetreiber, dass Frauen Freude an der Sexarbeit hätten, wenn nur die Gesetze liberaler wären. Am Anfang eines solchen Szenarios steht meist eine Kette aus Verzweiflung, Erniedrigung und sexuellem Missbrauch.

Prostitution wird nicht verschwinden oder moralisch vertretbarer, weil die Politik auf Zuruf der Anrainer die Bedingungen verschärft. Es ist bigott zu argumentieren, ein neues Gesetz würde die hygienischen Bedingungen der Frauen verbessern, wenn sie gleichzeitig am Stadtrand auf einem Lkw-Parkplatz ihr Geschäft verrichten müssen. Ganz zu schweigen von der Sicherheit: Einige „Vorzeigebordelle“ mit Genehmigung gehören vorbestraften Rotlichtgrößen – und selbst die Polizei räumt ein, dass sie gegen Strohmänner als Laufhausbetreiber machtlos ist.

Mit ihrem halbherzigen Kompromiss, Prostitution zwar zu dulden, die blinden Flecken aber zu ignorieren, begünstigt die Politik die Gefahren für die Frauen. Selbst die Aufhebung der Sittenwidrigkeit hat sich nicht auf die rechtliche Situation ausgewirkt: Freier zahlen hundert Euro Strafe; die Frauen, die in dieser erniedrigenden Situation gefangen sind, ein Vielfaches davon. Es ist eine feige und für ein Land wie Österreich unwürdige Haltung.